

Allgemeinzuteilung der Frequenz 149,0250 MHz für Funkanwendungen zum Aufspüren entwendeter Fahrzeuge, sowie zur Peilung von Such-, Spür- und Jagdhunden; Kurzzeitpeilfunk

Gemäß § 55 des Telekommunikationsgesetzes (TKG) wird hiermit die Frequenz 149,0250 MHz zur Nutzung durch die Allgemeinheit für Funkanwendungen zum Aufspüren entwendeter Fahrzeuge sowie zur Peilung von Such- Spür- und Jagdhunden, Kurzzeitpeilfunk, zugeteilt.

Die Amtsblattverfügung Nr. 65 / 2005 „Allgemeinzuteilung der Frequenz 149,0250 MHz für die Nutzung durch die Allgemeinheit für Funkanwendungen zum Aufspüren entwendeter Fahrzeuge, Kurzzeitpeilfunk“, veröffentlicht im Amtsblatt der Bundesnetzagentur Nr. 19/2005 vom 05.10.2005, S. 1458, wird aufgehoben.

1. Frequenznutzungsparameter

Mittenfrequenz (MHz)	Maximale äquivalente Strahlungsleistung (ERP) in mW	Relative Frequenzbelegungsdauer in % ¹⁾	Kanalbandbreite (kHz)
149,0250	500	< 1	12,5

¹⁾ Die relative Frequenzbelegungsdauer (duty cycle) in % kennzeichnet die Dauer der Aussendungen eines Senders bezogen auf 1 Stunde. Die Gesamtsendezeit kann auf mehrere Intervalle aufgeteilt werden.

2. Befristung

Diese Allgemeinzuteilung von Frequenzen ist bis zum 31.12.2025 befristet.

Hinweise:

1. Die oben genannten Frequenzbereiche werden auch für andere Funkanwendungen genutzt. Die Bundesnetzagentur übernimmt keine Gewähr für eine Mindestqualität oder Störungsfreiheit des Funkverkehrs. Es besteht kein Schutz vor Beeinträchtigungen durch andere bestimmungsgemäße Frequenznutzungen. Insbesondere sind bei gemeinschaftlicher Frequenznutzung gegenseitige Beeinträchtigungen nicht auszuschließen und hinzunehmen.
2. Eine Nutzung zugeteilter Frequenzen darf nur mit Funkanlagen erfolgen, die für den Betrieb in der Bundesrepublik Deutschland vorgesehen bzw. gekennzeichnet sind (§ 60 Abs. 1 S. 3 TKG).
3. Diese Frequenzzuteilung berührt nicht rechtliche Verpflichtungen, die sich für die Frequenznutzer aus anderen öffentlich-rechtlichen Vorschriften, auch telekommunikationsrechtlicher Art, oder Verpflichtungen privatrechtlicher Art ergeben. Dies gilt insbesondere für Genehmigungs- oder Erlaubnisvorbehalte (z.B. baurechtlicher oder umweltrechtlicher Art).
4. Der Frequenznutzer ist für die Einhaltung der Zuteilungsbestimmungen und für die Folgen von Verstößen, z. B. Abhilfemaßnahmen und Ordnungswidrigkeiten verantwortlich.
5. Beim Auftreten von Störungen sowie im Rahmen technischer Überprüfungen werden für die Funkanwendung die Parameter der Europäisch harmonisierten Norm EN 300 220 zugrunde gelegt. Hinweise zu Messvorschriften und Testmethoden, die zur Überprüfung der o. g. Parameter beachtet werden müssen, sind ebenfalls diesen Normen zu entnehmen.
6. Der Bundesnetzagentur sind gemäß § 64 TKG auf Anfrage alle zur Sicherstellung einer effizienten und störungsfreien Frequenznutzung erforderlichen Auskünfte über das Funknetz, die Funkanlagen und den Funkbetrieb, insbesondere Ablauf und Umfang des Funkverkehrs, zu erteilen. Erforderliche Unterlagen sind bereitzustellen.